

Resolution: NRW-Hochschulpolitik

Antragsteller: Stefan Brackertz (Uni Köln), Fabian Freyer (FU Berlin)

Adressaten: Fraktionen des Landtages NRW, Landesregierung NRW, Physik-Fachschaften

Resolution:

Angesichts des Koalitionsvertrages der neuen NRW-Landesregierung nimmt die ZaPF wie folgt Stellung:

1. Die ZaPF fordert die Landesregierung auf, aus den Fehlern von Baden-Württemberg zu lernen **nicht dem Beispiel von Baden-Württemberg zu folgen**, die Stellungnahmen der Hochschulen zu berücksichtigen und keine Studiengebühren - egal in welcher Form - einzuführen.
2. Die ZaPF fordert die Landesregierung auf, die Zivilklausel¹ nicht aus dem Hochschulgesetz zu streichen. An der Drittmittelorientierung festzuhalten und gleichzeitig die "bürokratische (...) Bevormundung"², zu einer nachhaltigen, friedlichen und demokratischen Welt³ beitragen zu sollen, aufzuheben, bedeutet nicht mehr "Freiheit"⁴ für die Hochschulen, sondern einen erhöhten Druck, auch inhumanen Vorhaben zuzuarbeiten. Dies wurde zuletzt auch an der Entscheidung der RWTH-Aachen⁵ deutlich, ein Drittmittelprojekt kurz vor Beendigung abzubrechen, bei dem es um eine Machbarkeitsstudie für ein Werk für Militärfahrzeuge in der Türkei ging.
3. Die ZaPF fordert die Landesregierung auf, **an der gesetzlichen Verankerungen eines "Kodex gute Arbeit" festzuhalten und diesen weiterzuentwickeln** am "Kodex gute Arbeit" festzuhalten. Prekäre Arbeitsbedingungen sind den Kolleginnen und Kollegen weder zumutbar, noch tragen sie dazu bei, dass die Hochschulen ihren Aufgaben besser nachkommen können.

Verabschiedet am 1.11.2017 in Siegen

¹ auf Reso zur Zivilklausel verweisen

² Rede der Ministerin Pfeiffer-Poensgen am 27.9.2017

³ NRW-Hochschulgesetz

⁴ Rede der Ministerin Pfeiffer-Poensgen am 27.9.2017

⁵ siehe Pressemitteilung der RWTH Aachen: <http://www.rwth-aachen.de/cms/root/Die-RWTH/Aktuell/Pressemitteilungen/September-2017/oktv/Statement-der-RWTH-Aachen-zur-Machbarkeit/>